



Hubert Feichtlbauer

Res publica

## Telefonanruf für Chili-Gesellschaft

Hunderttausende Bebenopfer: Herr, ich danke dir, dass ich nicht in Haiti lebe! Eine politische Schmierkomödie an der Karawankenfront: Bin ich froh, kein Kärntner zu sein! Ein drittes Aufnahmelaager für Asylsuchende? Wie schön, möglichst weit weg von Eberau zu wohnen! „Mir geht nichts über mich“: Wie gut, dass Max Stirner uns diese Formel schon vor 160 Jahren geliefert hat!

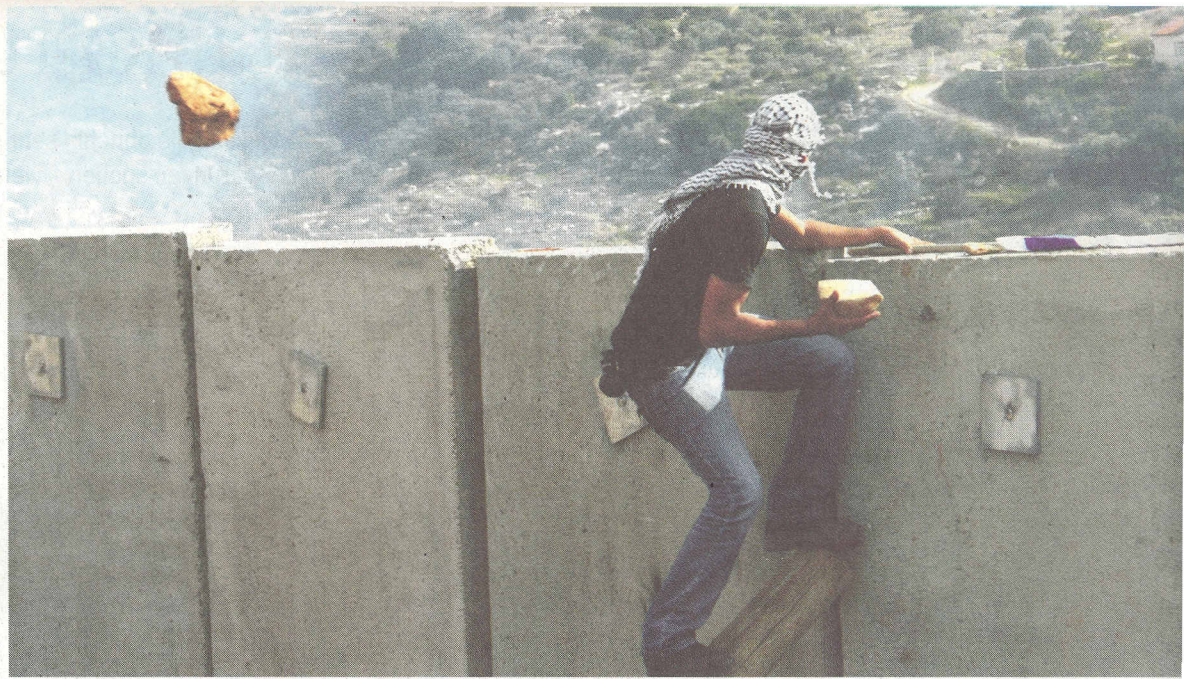
Es ist halt nur leider so, dass sie weniger denn je als Lebensmotto taugt. Die Welt ist tausendmal komplexer, als ihre bombastischen Vereinfacher sie sehen. Die meisten Kärntner sind über den Unrat, der sich dort seit Jahren aufhäuft, ähnlich entsetzt wie andere Österreicher. Die weitaus meisten Asylwerber sind anständige Menschen in großer Not, nicht professionelle Einbrecher und Räuber. Zuwanderer können Gefahr oder Chance sein. **Es gibt weder „den“ Islam noch „die“ Muslime als Prototypen, wie erst jüngst wieder bei einer lehrreichen Veranstaltung der Plattform Nova EUropa klar herauskam. Diese christlich-ökosoziale Politikvariante mit ihren differenzierten Lösungsansätzen würde in der Mutterpartei ÖVP durchaus mehr Aufmerksamkeit verdienen.**

Braucht unsere Gesellschaft nicht auch leicht geschürzte Fernsehformate, die ihr ein Spiegelbild kritisch vor die Nase halten? Ganz sicher sogar! Aber leistet das ein Millionenaufwand im ORF rund um gezuckerte Chilischoten, über die man meist weder lachen noch weinen kann?

Während solcher Überlegungen meldete sich in einem nicht mehr erwarteten Telefonanruf ein leidgeprüfter Uraltfreund aus einem Hospiz: „Ich erlebe auf der letzten Wegstrecke meines irdischen Lebens unglaubliche Wohltaten von ehrenamtlichen Freiwilligen aller Rangstufen, die keine Sozialversicherung zahlen könnten. Du musst in der FURCHE schreiben, dass eine egoistische Welt ohne Sozialverpflichtung zur Hölle wird!“

Da wurde es im theoretisierenden Schreibtischgewissen beschämend still.

TIPP



# Neuer Friedensplan. Neues

Wieder gibt es einen Plan der USA zur Beilegung der Streitigkeiten zwischen Israel und Palästinensern. In zwei Jahren soll ein Staat Palästina entstehen, der neben Israel existiert. Der Plan muss vier Hürden

Von Maximilian Lakitsch

Barack Obama hat Ende des vergangenen Jahres einen ersten, inzwischen gefährdeten innenpolitischen Erfolg erungen, als der US-Senat seine Pläne zur Einführung einer staatlichen Sozialversicherung absegnete. Nun scheint sich die Obama-Administration, zusätzlich zur Katastrophenhilfe auf Haiti, wieder dem Nahen Osten und seinem seit über 62 Jahre währenden zentralen Konflikt zuzuwenden, dem Israel-Palästina-Konflikt.

Vorgelegt wurde eine detaillierte „Roadmap“ zum Frieden, die einen Staat Palästina innerhalb der nächsten zwei Jahre vorsieht. Vorgeschlagen wird eine bisher noch nicht angedachte Grenzziehung: Grundlage dieser Grenzen sollen die Waffenstillstandslinien von 1949 und 1967 bilden.

Das größte Hindernis für einen Friedensschluss war die von Israel seit 1967 forcierte Besiedelung palästinensischer Gebiete. Um dieses Problem zu umgehen, solle Israel Teile des jüdisch besiedelten Westjordanlandes zuge-



### Härte

Israels Premier Netanjahu (l.) bei Ägyptens Präsident Hosni Mubarak: Härte gegen die Palästinenser im Gazastreifen.

behörde Mahmud Abbas, hat die Periode seiner Amtsdauer längst überschritten. Im Namen aller Palästinenser soll Abbas Verhandlungen mit Israel führen? Israel soll mit einer Regierung verhandeln, die keine vom Volk verliehene Legitimität besitzt? Diese Regierung kann nicht für einen zukünftigen Staat Palästina sprechen. An eine baldige Einigung zwischen Fatah und Hamas scheint man zurzeit nur in westlichen Medien glauben zu wollen.

nicht unbedingt w Liebman betrachtet danland als biblisch I Teil des heutigen Staat Wie auch immer: I keit, einen Palästine ihrer Amtsperiode e lassen, werden sich Ne Liebmann ersparen beide Politiker ernsth zur Befriedung des Ko



„Israelis und Palästinenser leiden unter dem Konflikt. Sie werden mit unwahrscheinlichen Roadmaps vertröstet. Realistische Schritte werden aber nicht gesetzt.“

Zweitens wird Israel von einer Koalition des politischen Spektrums von rechts bis rechts-außen

